Handelsblatt
MONTAG, 21. MÄRZ 2011, Nr. 56

Historischer Fehler

Klaus Naumann kritisiert die deutsche Entscheidung, sich nicht am Militäreinsatz in Libyen zu beteiligen.

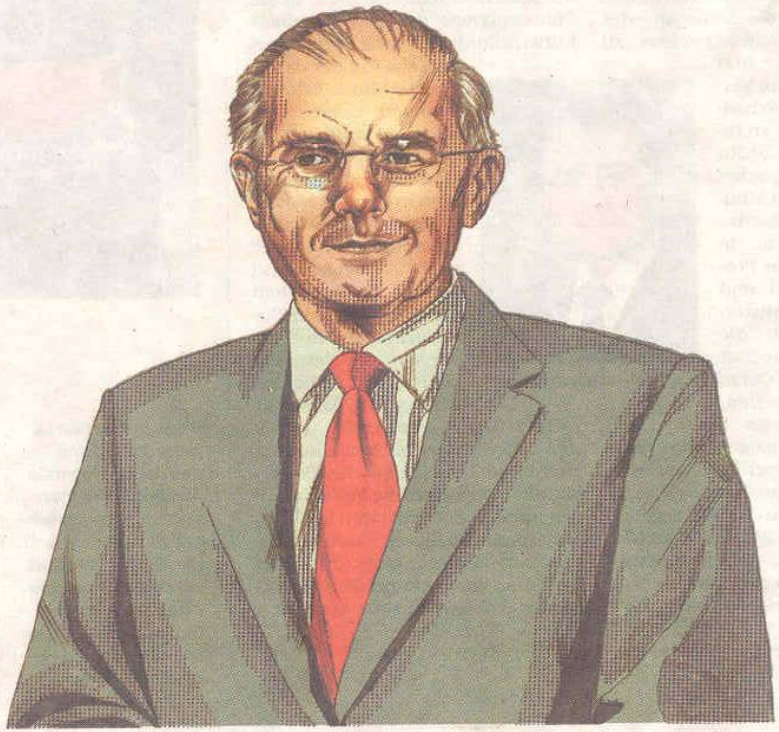
Mit der Uno-Resolution 1973 hat die zivilisierte Welt beschlossen, in Libyen einzugreifen, um Muammar el Gaddafi zum Einlenken zu zwingen. Die Einrichtung des Flugverbots hat begonnen, Angriffe zum Schutz bedrohter Menschen werden geflogen, lediglich Besatzungstruppen in Libyen sind ausgeschlossen.

Deutschland hat sich als neues nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrats gegen die USA, seine europäischen Verbündeten und die Arabische Liga entschieden und sich gemeinsam mit Russland, China, Indien und Brasilien enthalten. Deutschland hat zudem erklärt, sich militärisch nicht zu beteiligen.

Deutschland hat zum ersten Male seit 1949 einen Alleingang gewagt - und sich selbst international isoliert. Die Begründung, man sei nicht überzeugt, wolle nicht in einen Krieg in Afrika verwickelt werden und man habe deutsche zu Interessen wahren, ist weder stichhaltig noch überzeugend. Es steht jedem Uno-Mitglied frei, ob es sich an der Durchsetzung einer Resolution beteiligt oder nicht. Man kann Ja sagen, ohne sich beteiligen zu müssen. Das hätte Deutschland überzeugend begründen können, denn im Umbau kann die Bundeswehr kaum Kräfte beitragen, die die Nato oder eine „Koalition der Willigen" wirklich brauchen würden.

Außer den ECR-Tornados hat Deutschland nichts zu bieten: Die Tornados der Luftwaffe leisten weniger als die F-16 der UAE, und die beiden Eurofighter-Geschwader sind nur mit Lenkwaffen kurzer Reichweite ausgestattet. Deutschland hat aber gesagt, wir wollen nicht. Selbst das wäre hinnehmbar, weil man damit in Europa nicht isoliert wäre. War es also richtig und nötig, sich zu enthalten?

Die Innenpolitik darf es nicht gewesen sein, denn keine demokratische Nation schickt Soldaten gerne in bewaffnete Konflikte, und in jeder ist es schwer, dafür Mehrheiten zu gewinnen. Doch Führung heißt eben nicht, der öffentlichen Meinung folgend zu entscheiden,



sondern das im Interesse des Landes Richtige zu tun und dafür Mehrheiten zu gewinnen. Die Kernfrage ist deshalb: Diente die Enthaltung deutschem Interesse?

Im glücklichsten Augenblick deutscher Geschichte der letzten 100 Jahre, am Tag der deutschen Einheit im Oktober 1990, verpflichtete Bundespräsident von Weizsäcker das vereinte Deutschland darauf, dem Frieden in der Welt zu dienen und fest in den Westen integriert die Einheit Europas zu vollenden. Nun kämpfen Menschen in Libyen um ihre Freiheit und rufen um Hilfe gegen einen Diktator, der seine Streitkräfte auf sie hetzt, um an der Macht zu bleiben. Kann Deutschland, das seine Freiheit der Hilfe von außen verdankt, sich da enthalten? Stellt es sich damit nicht gegen das unveräußerliche Menschenrecht auf Freiheit? Diese Enthaltung ist mit der von allen Demokraten in Deutschland übernommenen Verantwortung für den Frieden nicht zu vereinen.

Dieser Alleingang rüttelt auch an der Verankerung Deutschlands im Westen. Sie war und ist die Grundlage deutscher Außenpolitik, ohne sie ist das Ziel der Einheit Europas nicht zu erreichen. Keine deutsche Regierung hat sich je ohne Partner in Europa oder im Westen gegen die USA gestellt, auf die Deutschland wie Europa zur Wahrung ihrer Sicherheit angewiesen sind. Die deutsche Enthaltung dient somit nicht der Wahrung deutscher Interessen.

Gleiches gilt für die Wirkung in Europa. Sich allein gegen den engsten Partner, Frankreich, zu stellen ist ein Bruch mit allen Konstanten deutscher Außenpolitik seit 1949. Es ist das Vermächtnis Adenauers, Kohls , ja aller Kanzler, dass Deutschland nie wieder isoliert sein dürfe, doch nun soll es im Interesse Deutschlands sein, wegen der mehr als vagen Gefahr, in einen Krieg in Afrika verwickelt zu werden, dies alles über Bord zu werfen und den Alleingang zu riskieren?

Eine Wahrung deutscher Interessen ist in dieser Enthaltung nicht zu sehen, im Gegenteil, es wurde deutschen Interessen schwerer Schaden zugefügt. Deutschlands Hoffnungen auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat sind zu begraben, sogar die Idee eines Uno-Sitzes der EU ist beschädigt. Die gemeinsame Außenpolitik der EU wurde durch Deutschland zur Farce, und der in diesem Jahrhundert erworbene Ruf, ein unzuverlässiger Verbündeter zu sein, erhielt neue Nahrung.

Die eilfertig erwogene Korrektur der Fehlentscheidung, die deutschen Awacs-Besatzungen wegen eines Einsatzes in Afghanistan abzuziehen, bringt nichts, denn die Nato-Awacs braucht man für Libyen nicht zwingend. Man kann es drehen und wenden wie man will: Deutschland hat einen historischen Fehler gemacht, weil sein Außenminister unter der Rubrik Militär wohl nur Abrüstung, Abzug und Abbau versteht.

Mart Klein

Der Autor war Generalinspekteur der Bundeswehr. Sie erreichen ihn unter: **gastautor@handelsblatt.com**